



Komitee NEIN zur
Vignetten-Mogelpackung
Postfach 6974
3001 Bern

Peter Steiner
Kampagnenleiter
Tel. +41 31 371 10 83
Mobile +41 79 581 14 23
info@mogelpackung-vignette.ch
www.mogelpackung-vignette.ch

Argumentarium

NEIN zur Vignetten-Mogelpackung

Die Befürworter behaupten, wenn sie der Schweizer Stimmbevölkerung die Preiserhöhung der Vignette von 40 auf 100 Franken schmackhaft machen: «Wir wollen eine sichere und solide Finanzierung der Nationalstrassen und weniger Staus in den Agglomerationen.»

Doch das sind die Fakten:

Für den Unterhalt und den Ausbau des Nationalstrassennetzes wären genügend Mittel vorhanden. Der Bund nimmt den Strassenbenützern jährlich zirka 9,5 Mia. Franken an Steuern, Abgaben und Gebühren ab. Davon fliessen jedoch rund 70 Prozent zuerst in die Kassen von Bund und Kantonen oder in die Finanzierung der Bahninfrastruktur. Die Folge: Für die Strasse bleibt zu wenig Geld übrig.

Das wird sich auch mit der Erhöhung des Vignettenpreises nicht ändern. Ein Drittel geht in den Unterhalt der neu vom Bund übernommenen Kantonsstrassen, der Rest ist für die nächsten Jahre für die baureifen Umfahrungen in La Chaux-de-Fonds, Le Locle und Näfels vorgesehen.

Für die Beseitigung von Engpässen, die Erweiterung von Kapazitäten sowie die Realisierung von Netzerweiterungen bleibt wiederum kein Geld übrig. Zudem besteht nicht einmal ein umfassendes Programm über die effektiv geplanten Arbeiten, deren Umsetzbarkeit und deren Kosten. Oder: Die Automobilistinnen und Automobilisten werden trotz Erhöhung des Vignettenpreises noch jahrelang weiter im Stau stehen.

Die von den Befürwortern der Änderung des Nationalstrassenabgabegesetzes (Vignettenpreiserhöhung) gemachten Behauptungen und Versprechen lösen sich bei genauerem Hinsehen in Schall und Rauch auf. Die Preiserhöhung für die Vignette ist somit für die Automobilistinnen und Automobilisten schlicht eine Mogelpackung.



Komitee NEIN zur
Vignetten-Mogelpackung
Postfach 6974
3001 Bern

Peter Steiner
Kampagnenleiter
Tel. +41 31 371 10 83
Mobile +41 79 581 14 23
info@mogelpackung-vignette.ch
www.mogelpackung-vignette.ch

Die vier Zutaten der Vignetten-Mogelpackung:

1. Zutat «Mogelkonstrukt Netzbeschluss»:

Wenn die Politik sich streitet, zahlt der Automobilist

- Mit dem sogenannten Netzbeschluss wechseln 380 Kilometer Kantonsstrassen in die Obhut des Bundes. Für den Betrieb und Unterhalt dieser Kantonsstrassen muss der Bund **jährlich mehr als 100 Millionen Franken zusätzlich aufwenden**.
- Dass der Bund diese Mehrbelastung nicht tragen wollte, ist nur logisch. Nur haben die entlasteten Kantone nicht Hand geboten, die Mehrbelastung des Bundes an anderer Stelle zu kompensieren. Schnell fanden dann Bund und Kantone eine «politische» Lösung: **Die Mehrbelastung des Bundes wird mit einer Preiserhöhung der Vignette auf dem Buckel der Automobilistinnen und Automobilisten ausgeglichen**. Ganz nach dem Motto: Wenn zwei sich streiten, zahlt der Dritte.
- Damit ist auch erklärt, warum zahlreiche Regierungsräte die Preiserhöhung der Vignette befürworten: **Die Kantone sind von den Kosten für Kantonsstrassen entlastet, das eingesparte Geld dürfen sie jedoch behalten**. Die Strassenbenützer bezahlen weiterhin brav ihre kantonalen Motorfahrzeugsteuern und die Regierungsräte freuen sich über 100 Millionen Franken zusätzliche Steuereinnahmen. Opportun wäre, dass diese Mittel für die kantonale Strassenverkehrsinfrastruktur verwendet würden – dafür gibt es aber überhaupt keine Gewähr.

Konsequenz eines JAs zur Vignettenpreiserhöhung für die Automobilistinnen und Automobilisten:

Ein Drittel der Gelder aus der Preiserhöhung der Vignette, also rund 100 Millionen Franken, wandern indirekt als zusätzliche Steuereinnahmen in die Staatskassen der Kantone. Der faule Kompromiss zwischen Bund und Kantonen geht voll zu Lasten der Automobilistinnen und Automobilisten.

2. Zutat «Mogelbehauptung Engpassbeseitigung»:

Das Geld ist bereits verplant

- Von den jährlich rund 300 Millionen Mehreinnahmen verbleiben somit rund 200 Millionen für Investitionen. Damit sollen nach Aussagen der Befürworter Engpässe auf dem Nationalstrassennetz beseitigt, wo nötig in den Agglomerationen Kapazitäten erweitert und wichtige Netzerweiterungen wie Glattal und Morges finanziert werden.



Komitee NEIN zur
Vignetten-Mogelpackung
Postfach 6974
3001 Bern

Peter Steiner
Kampagnenleiter
Tel. +41 31 371 10 83
Mobile +41 79 581 14 23
info@mogelpackung-vignette.ch
www.mogelpackung-vignette.ch

- Leere Worthülsen: In einer ersten Phase werden vermutlich die Umfahrungen von La Chaux-de-Fonds, Le Locle und Näfels finanziert, da sie baureif sind. **Für die nächsten Jahre wären somit die Mittel aus der Preiserhöhung der Vignette zu einem guten Teil aufgebraucht.** Wichtige Netzer-gänzungen wie Glattal und Morges können laut Aussage des Bundes gar nicht mit der Preiserhö-hung der Vignette finanziert werden. Dafür wäre eine weitere Erhöhung des Mineralölsteuerzu-schlags nötig.
- Noch ein Beleg wie unausgegoren die Vorlage ist: Die mit dem Vignetten-Geld geplanten Umfah-rungen La Chaux-de-Fonds, Le Locle und Näfels sowie zahlreiche weitere Strecken würden zu Strassen, deren Befahrung nach der Umklassierung nicht einmal vignettenpflichtig wären!

Konsequenz eines JAs zur Vignettenpreiserhöhung für die Automobilistinnen und Automobilisten:

Mit der Preiserhöhung der Vignette werden ausschliesslich kantonale Umfahrungsprojekte finan-ziert. Auf den Nationalstrassen Engpässe beseitigen? Kapazitäten erweitern? Netzerweiterungen realisieren, um wie versprochen weniger im Stau zu stehen? Fehlanzeige! Dafür reicht das Geld aus der Vignettenpreiserhöhung gar nicht aus. Werden Automobilistinnen und Automobilisten für dumm verkauft?

3. Zutat «Mogelrechnung in der Strassenkasse»:

Es profitiert vor allem die Staatskasse

- Der Bund behauptet, zur Finanzierung der Nationalstrassenprojekte müssten sowohl der Preis der Vignette um 150 Prozent als auch der Mineralölsteuerzuschlag zwingend erhöht werden.
- Ein Blick in die Strassenkasse deckt die Mogelei auf. 2012 hat der Bund 9,5 Mia. Franken den Strassenbenützern an Steuern, Abgaben und Gebühren abgenommen. **Es wäre demnach genü-gend Geld für Strassenprojekte vorhanden. Nur werden rund 70 Prozent der Einnahmen zuerst zur Aufbesserung der Staatsfinanzen verwendet.** Konkret sind 4 Mia. Franken in die allgemeine Bundeskasse und 0,9 Mia. Franken in die Kassen der Kantone gewandert, weitere 1,75 Mia. Fran-ken in den öffentlichen Verkehr.
- Dies führt zu einer grotesken Situation: **Obwohl der Strassenverkehr genügend Einnahmen ge-neriert, entziehen Bund und Kantone mit ihrem tiefen Griff in die Strassenkasse so viele Mittel, dass die Strassenbauprojekte nicht mehr finanzierbar sind.**
- Nun sollen aber nach Willen des Bundes und der Kantone nicht diese Verwendung der Mittel korrigiert werden, sondern **die für die Strassenbauprojekte fehlenden Mittel einfach durch massive Mehreinnahmen bei den Automobilistinnen und Automobilisten gedeckt werden.**
- **Die Mehreinnahmen werden aber weder in einem umfassenden Programm noch in einem kla-ren Finanzierungsmodell dargelegt.** Die Automobilistinnen und Automobilisten müssen mit den zusätzlichen Abgaben quasi die Katze im Sack kaufen.



Komitee NEIN zur
Vignetten-Mogelpackung
Postfach 6974
3001 Bern

Peter Steiner
Kampagnenleiter
Tel. +41 31 371 10 83
Mobile +41 79 581 14 23
info@mogelpackung-vignette.ch
www.mogelpackung-vignette.ch

Konsequenz eines JA's zur Vignettenpreiserhöhung für die Automobilistinnen und Automobilisten:

Mit einer Preiserhöhung der Vignette wird die Selbstbedienungsmentalität von Bund und Kantonen bei der Strassenkasse weiter legitimiert und zementiert. Als nächstes folgt der Aufschlag auf den Mineralölsteuerzuschlag. Die Automobilistinnen und Automobilisten werden wie Zitronen bis zum Gehtnichtmehr ausgepresst.

4. Zutat «Mogelspiel mit Gesetz und Verfassung»:

Versprechen genügen nicht mehr

- Die Bundesverfassung ist klar: Die Hälfte der Einnahmen aus der Mineralölsteuer sowie die gesamten Einnahmen der Vignette und des Mineralölsteuerzuschlags müssen für Aufgaben im Zusammenhang mit dem Strassenverkehr verwendet werden. Die Realität allerdings ist so: **Der Bund gibt jedes Jahr deutlich weniger Geld für die Strasse aus, als er eingetrieben hat. Die Rückstellungen erreichen heute fast 4 Milliarden Franken – aktuell beträgt der Saldo des aus zweckgebundenen Strassengeldern geäufteten «Infrastrukturfonds» 1,75 Milliarden Franken und die Rückstellung «Spezialfinanzierung Strassenverkehr» überschiesst die 2 Milliarden Grenze.**
- Die derzeitigen gesetzlichen Grundlagen zur Finanzierung des Strassenverkehrs bieten offensichtlich keine Gewähr, dass die verfügbaren finanziellen Mittel für die Strasse eingesetzt werden. Diese hängen von Entscheidungen des Bundesrats und des Parlaments, von Sparprogrammen und von Schuldenbremsen ab.
- Die Automobilistinnen und Automobilisten müssen deshalb mit gutem Grund befürchten, dass der Preisaufschlag bei der Vignette oder die absehbare Erhöhung des Mineralölsteuerzuschlags wieder zur Stopfung von staatlichen Haushaltslöchern herangezogen werden.
- Es muss verhindert werden, dass die Automobilistinnen und Automobilisten einmal mehr mit ihren berechtigten Anliegen nach mehr Sicherheit und weniger Stau auf den Strassen von der Politik im Stich gelassen werden. **Deshalb muss endlich analog zum Bahninfrastrukturfonds ein Strasseninfrastrukturfonds in der Verfassung verankert werden.** Jährlich fixe Einlagen machen diesen unabhängig von politischer Willkür oder konjunkturellen Zufälligkeiten.

Konsequenz eines JA's zur Vignettenpreiserhöhung für die Automobilistinnen und Automobilisten:

Der Druck auf Bundesrat und Parlament wäre weg, für die Strasse bezüglich Finanzierung endlich gleich lange Spiesse zu schaffen wie für die Schiene. Ohne einen in der Verfassung verankerten Strasseninfrastrukturfonds sind die Automobilistinnen und Automobilisten dazu verurteilt, mit immer mehr Steuern und Abgaben vorrangig die Staatsfinanzen zu sanieren.



Komitee NEIN zur
Vignetten-Mogelpackung
Postfach 6974
3001 Bern

Peter Steiner
Kampagnenleiter
Tel. +41 31 371 10 83
Mobile +41 79 581 14 23
info@mogelpackung-vignette.ch
www.mogelpackung-vignette.ch

Darum: Ein NEIN, damit die Politik Druck spürt

Innerhalb von drei Monaten sammelte das Referendumskomitee 105'000 Unterschriften. Das ist rekordverdächtig. Und es zeigt: «Es isch gnueg Heu dunne!»

- **Ein NEIN zur Preiserhöhung der Vignette setzt ein klares Signal nach Bern ab.** Die Automobilistinnen und Automobilisten, die Motorradfahrerinnen und Motorradfahrer und die weiteren Strassenbenützer haben genug davon, dass ihnen das Geld aus der Tasche gezogen wird und im Gegenzug keine merklichen Verbesserungen auf den Strassen passieren. Sie lassen sich nicht mehr mit leeren Versprechen abspeisen. Schon bei der letzten Erhöhung der Mineralölsteuer um 20 Rappen hat es geheissen, damit könnten die Autobahnen rasch fertig gebaut werden. Das war 1993. Das Netz ist immer noch nicht fertiggestellt!
- **Ein NEIN zur Preiserhöhung der Vignette baut Druck auf die politischen Entscheidungsträger auf.** Behörden, Bundesrat und die Parlamentarierinnen und Parlamentarier werden sich bequemen müssen, bezüglich Finanzierung für die Strasse endlich gleich lange Spiesse zu schaffen wie für die Schiene. Ohne Strasseninfrastrukturfonds werden uns die Engpässe auf den Nationalstrassen, die fehlenden Kapazitäten in den Agglomerationen und die notwendigen Netzerweiterungen noch lange ärgern.
- **Ein NEIN zur Preiserhöhung der Vignette verschafft dem Bundesrat Zeit, im Ausbau der Strasseninfrastruktur die Prioritäten richtig zu setzen.** Die Umfahrungen in La Chaux-de-Fonds, Le Locle und Näfels sind aus regionaler Sicht sicherlich wichtige Strassenprojekte. Damit fehlt jedoch Geld, um weitaus dringlichere Engpässe auf dem nationalen Strassennetz sowie in den Agglomerationen zu beheben und Staus zu reduzieren. Hier muss der Bundesrat dringend über die Bücher. Denn wenn schon aus Sicht von Bundesrat und Parlament zu wenig Mittel für die Strassenprojekte vorhanden sind, so sollen die Mittel wenigstens dort eingesetzt werden, wo sie den grössten Nutzen bringen. Das ist bei La Chaux-de-Fonds, Le Locle und Näfels nicht der Fall.
- **Ein NEIN zur Preiserhöhung der Vignette gibt dem Bund die Möglichkeit, flexiblere Lösungen zu suchen.** Motorräder, Camping-Anhänger, Wohnwagen usw. bezahlen gleich viel für die Vignette, wie jene, die die Autobahnen jeden Tag nutzen. Bei der Vignette für 40 Franken war dies noch vertretbar. Bei 100 Franken geht das aber ins Geld. Mit dem Nein zur Preiserhöhung erhält der Bund die Möglichkeit, hier nachzubessern.

Lassen wir uns von der Mogelpackung Vignettenpreiserhöhung nicht hinters Licht führen. Zeigen wir dies mit einem wuchtigen NEIN am 24. November 2013 zur «Änderung vom 22. März 2013 des Bundesgesetzes über die Abgabe für die Benützung von Nationalstrassen (Nationalstrassenabgabegesetz, NSAG)».